

HEYNE <

Hans-Olaf Henkel, Jahrgang 1940, war Chef der IBM Deutschland, Präsident des BDI und der Leibniz-Gemeinschaft. Seine Bücher wurden mehrfach ausgezeichnet, u.a. mit dem Internationalen Buchpreis »Corine«. Er ist Mitglied in mehreren Aufsichtsräten und lehrt als Honorarprofessor an der Universität Mannheim »Internationales Management in einer globalisierten Welt«.

HANS-OLAF
HENKEL

RETTET
UNSER
GELD!

Wie der Euro-Betrug
unseren Wohlstand gefährdet

Wilhelm Heyne Verlag
München



Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100
Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier
Holmen Book Cream liefert Holmen Paper, Hallstavik, Schweden.

Taschenbucherstausgabe 02/2012

Copyright © 2010 by Wilhelm Heyne Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
Printed in Germany 2012

Umschlaggestaltung: Hauptmann & Kompanie Werbeagentur, Zürich
Satz: EDV-Fotosatz Huber/Verlagsservice G. Pfeifer, Germering
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
ISBN: 978-3-453-61003-3

www.heyne.de

Inhalt

VORWORT ZUR TASCHENBUCHAUSGABE	
Wie man den gordischen Knoten zerschlägt.....	7
VORWORT	
Zwischen Traum und Albtraum	15
KAPITEL EINS	
Die Maulkorb-Republik	27
KAPITEL ZWEI	
Aufstieg eines Markenzeichens	51
KAPITEL DREI	
D-Mark-Dämmerung.....	63
KAPITEL VIER	
Der deutsche Prägestempel	81
KAPITEL FÜNF	
Wie ich für den Euro kämpfte	91
KAPITEL SECHS	
Als die Dämme brachen.....	105

KAPITEL SIEBEN	
Die Rückkehr der Abwracker	131
KAPITEL ACHT	
Die deutsche Selbstentmachtung	149
KAPITEL NEUN	
Warum wir zwei Euros brauchen	181
NACHWORT	
Europa muss sich entscheiden.	211

Vorwort zur Taschenbuchausgabe

Wie man den gordischen Knoten zerschlägt

Scheinbar unlösbare Probleme nannte man in der Antike gordische Knoten: Auch wir finden uns heute in einen solch fatalen Knoten verstrickt, die europäische Einheitswährung. Angesichts der bevorstehenden Schuldenkatastrophe mögen wir uns drehen und wenden – heraus kommen wir nicht wieder, solange wir uns an die vorgegebenen Regeln halten. Und das Schlimmste ist: Je mehr wir uns mühen, umso höher werden unsere Schulden, umso enger zieht sich der Knoten zusammen. Ein Albtraumszenario, vor dem unsere Politiker die Augen verschließen – den meisten Bürgern ist die Dramatik der Situation mittlerweile aufgegangen.

Die antike Legende vom Gordischen Knoten bot eine simple, aber wirkungsvolle Lösung: Griechenkönig Alexander der Große hat der Welt gezeigt, wie man mit unlösbaren Verstrickungen umgeht: Statt sie ängstlich aufzudröseln, was alles nur verschlimmert, hat er den Knoten mit dem Schwert durchgeschlagen, womit sein Siegeszug begann.

Dieses Buch, erschienen im Herbst 2010, bot einen ersten Versuch, den gordischen Knoten der europäischen Gemeinschaftswährung, an dem Deutschland zu ersticken droht, durch einfache Maßnahmen zu durchhauen, die allerdings,

wie in Alexanders Fall, die Außerkraftsetzung einiger als unantastbar geltender Regeln voraussetzen. Wichtigste Erkenntnis: Der Euro, wie wir ihn bisher kannten, muss weg. In seiner heutigen Form ist er der Garant für den sicheren Untergang unseres Wohlstands und ebenso jener Gemeinschaft, deren Erhalt er angeblich garantiert. Mein Lösungsvorschlag: Wie der große Grieche den Gordischen Knoten, so müssen wir den Euro in zwei Stücke zerschlagen, einen Nord- und einen Süd-Euro.

Während in den nördlichen Ländern die europäische Misere noch nicht so deutlich auffällt, lässt sie sich in den südlichen wie Griechenland mit Händen greifen: Das moderne Hellas ist ein Fass ohne Boden. Aus Brüssel werden immer neue Rettungspakete versandt – in Athen würgen immer neue Sparpakete die Wirtschaft ab. Die deutschen Steuerzahler werden langsam sauer, die Griechen sind es schon längst. Obwohl wir immer mehr zahlen, schimpfen die Studenten in Athen, die Arbeitslosen in Lissabon und die Protestierenden in Madrid auf Deutschland. Kein Wunder, wenn unsere Politiker sich gezwungen sehen, die Schuldnerländer im Süden dauernd zu schulmeistern. Als trügen sie nicht selbst Mitschuld an der Misere! Nicht das Schicksal hat diesen gordischen Knoten geschnürt, sondern die europäischen Politiker.

Es wird Zeit, dass sie sich mit der wahren Ursache der Misere befassen: dem sturen Festhalten am Einheits-Euro für unterschiedliche Wirtschaftskulturen. Dadurch werden die Südländer daran gehindert, ihre Währungen abzuwerten und so wieder wettbewerbsfähig zu werden. Zugleich werden die Nordländer gezwungen, immer neue Geldpakete zu versenden. Sicher wird es nicht einfach, angesichts der verbreiteten Europa-Seligkeit die Einheitswährung zu zerschlagen – aber

es ist unverantwortlich, weiter zu behaupten, es gäbe im Interesse Europas keine Alternative. »Scheitert der Euro, scheitert Europa«, sagt die Kanzlerin. Ganz davon abgesehen, dass zehn EU-Länder den Euro gar nicht haben, sage ich: »Europa scheitert am Euro.«

Zwar wird viel über die Krise geredet, doch über ihre Ursachen wird kaum nachgedacht. Der Grund: Unversehens könnte man im Euro selbst die Ursache für die Euro-Krise finden – doch das Rütteln an der Einheitswährung ist zu einem deutschen Tabu geworden. Als im Mai 2010 Bundespräsident Horst Köhler überraschend zurücktrat, war mir klar, dass dies mit dem Euro-Rettungsschirm zusammenhing, den er notgedrungen hatte unterschreiben müssen. Doch gesagt hat er dazu ebenso wenig wie die beiden anderen Stabilitätsgaranten, die 2011 den Hut nahmen: Bundesbankpräsident Axel Weber und EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark, ebenfalls aus »persönlichen Gründen«. Nein, keiner will, wie das alte Sprichwort sagt, der Katze die Schelle umhängen.

Dabei wird es höchste Zeit, das brandgefährliche Euro-Problem beim Namen zu nennen und nach einer Alternative zu suchen. Jeder weiß mittlerweile, dass neben Griechenland auch Portugal, Spanien und Italien ihre Haushalte nicht in den Griff kriegen. Frankreich, der Meinungsführer in Sachen Euro, bangt um sein Rating, was ihn nicht davon abhält, mit den fatalen Euro-Bonds zu liebäugeln. Wie ich in diesem Buch zeige, sind es nicht die Deutschen, sondern von Anfang an die Franzosen gewesen, die auf die Gemeinschaftswährung drängten, unter anderem, um endlich auch über eine »harte Währung« wie die alte Deutsche Mark verfügen zu können – die Bedingungen dafür, die man in Maastricht festgeschrieben hatte, wurden allerdings in der Zwischenzeit, auch mit deutscher Beihilfe, erfolgreich aufgeweicht.

Die französische Euro-Mafia, die an vielen Schalthebeln sitzt, ließ sich auch durch Dominique Strauss-Kahns »Rücktritt aus persönlichen Gründen« nicht irritieren - durch das schnelle Reagieren von Nicolas Sarkozy konnte seine Finanzministerin Christine Lagarde sogleich den Chefsessel des Internationalen Währungsfonds besetzen. Dass sie dort mehr ist als nur Sarkozys »Trojanisches Pferd«, kann ich beim besten Willen nicht erkennen. Und so dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis Euro-Bonds aufgelegt werden, die nicht nur die Grande Nation und Rest-Euroland, sondern auch das spendable – früher hätte man gesagt, »blauäugige« – Deutschland auf Ramschniveau herabdrücken werden.

Eine Alternative zur heutigen Euro-Politik findet man erst, wenn man den Mut zur Ursachenforschung aufbringt. Drei unterschiedliche Auslöser der Krise fallen einem dabei auf:

Erstens stehen als Langzeitfolge der **Finanzkrise** viele Banken noch immer auf wackligen Füßen. So manches Rettungspaket für den Euro entpuppt sich als heimliches Carepaket für notleidende Banken.

Zweitens befinden sich einige Euroländer in einer massiven **Schuldenkrise**, treffen also auf ernste Schwierigkeiten, sich auf dem Finanzmarkt die nötigen Gelder zu beschaffen, etwa um ihre aufwendigen Sozialausgaben zu bestreiten.

Drittens trägt der Euro selbst ein gerüttelt Maß an Schuld zur gegenwärtigen Misere bei. So hätte sich weder Griechenland ohne niedrige Eurozinsen so hoch verschulden können, noch wäre in Spanien eine derartige Immobilienblase entstanden, die sich nur im Quantitativen von der amerikanischen unterschied, die die gesamte Weltwirtschaft ins Wanken brachte. Auch nahm der Euro den Ländern im Süden die Möglichkeit, durch gezielte Abwertungen wettbewerbsfähig

zu bleiben. Die Krise, die uns die Luft abschnürt, ist also auch eine **Euro-Krise**

Wenn die Politiker an ihrem Plan A festhalten – »koste es (die Deutschen), was es wolle«, wie Kommissionspräsident Barroso formulierte –, ist am Ende dieses Wegs jedes Land für die Schulden aller Länder verantwortlich. Man nennt das verharmlosend »Transferunion«. Wohin ein solches System führt, haben wir am deutschen Länderfinanzausgleich leidvoll erfahren: zu organisierter Verantwortungslosigkeit! Die Wettbewerbsfähigkeit der ganzen Euro-Zone würde leiden, der Wohlstand abnehmen. Wie schön für die Grünen, die Sozis und die Linken! Dafür hätten wir dann innerhalb der ganzen Euro-Zone die bewährte Planwirtschaft, die bekanntlich dafür sorgt, dass es allen gleich schlecht geht.

Der Ende Oktober 2011 beschlossene Plan B, ein teilweiser Schuldenerlass, wird zwar die Schuldenlast Griechenlands senken, am fundamentalen Problem seiner mangelnden Wettbewerbsfähigkeit aber nichts ändern. Griechenland muss trotz »haircut« bald wieder zum Friseur. Die Variante, Griechenland aus dem Euro zu werfen, könnte zum Sturm auf die Banken Athens und zu Dominoeffekten in anderen Ländern führen. Verständlich, dass die Politik, Banken und Vertreter der Realwirtschaft dieses Risiko nicht eingehen wollen.

Höchste Zeit also, sich Plan C anzusehen: Wie man den scheinbar unentwirrbaren Knoten aus Finanzkrise, Euro-Krise und Verschuldungskrise zerschlägt und damit allen drei Feldern den dringend benötigten Handlungsspielraum zurückgibt.

Finanzkrise: Zuerst müssen die Rettungsschirme renationalisiert werden. Bisher versteckte sich hinter jeder »Eurorettung« die kollektive Rettung von einzelnen nationalen Ban-

ken. Doch jeder sollte zuerst »vor der eigenen Haustüre kehren«. Die Renationalisierung solcher Maßnahmen ist absolute Voraussetzung für das Durchschlagen des gordischen Knotens. Solange nicht jedes Land innerhalb und außerhalb der Eurozone wieder Verantwortung für die Stabilisierung seines eigenen Finanzsektors übernimmt und damit mögliche Gefahren eines Überschwappens auf die Realwirtschaft beseitigt, solange schnürt sich der Knoten immer fester zu.

Auch wenn dies Monsieur Sarkozy und Madame Lagarde nicht schmecken dürfte: In Zukunft müssen französische Finanzinstitute ausschließlich vom französischen Steuerzahler gerettet werden; und dasselbe gilt selbstverständlich auch für unsere eigenen Banken. Als überzeugter Marktwirtschaftler fällt es mir schwer, noch einen weiteren drastischen Schritt zu fordern – aber in Frankreich und anderswo muss der Bankensektor temporär verstaatlicht werden. In den USA und in Schweden wurde das durchaus erfolgreich vorexerziert. Für Deutschland wäre das fast irrelevant, da sich schon fast zwei Drittel der Banken und ein noch höherer Anteil griechischer Staatsanleihen in staatlicher Hand befinden.

Euro-Krise: Statt Sarkozy und den Brüssler »Euromantikern« weiterhin das Heft des Handelns zu überlassen, sollte Merkel es endlich selbst in die Hand nehmen und zusammen mit den nördlichen Ländern, die auf eine ähnliche Finanz- und Wirtschaftskultur zurückblicken, aus der Euro-Zone austreten und eine neue Währung begründen, den »Nord-Euro«. Neben Deutschland kämen hier Österreich, die Niederlande und Finnland infrage, aber auch Länder, die sich bis heute nicht für den Einheitseuro entscheiden wollen, wie Schweden, Dänemark und Tschechien. Ein Übertritt der verbleibenden Euro-Länder, wie zum Beispiel Irlands, sollte nach Sanierung ihrer Staatsfinanzen möglich sein. Neben der

EZB, die weiterhin für den Euro verantwortlich bliebe, könnte die Bundesbank, zum Beispiel mit einem finnischen Präsidenten, den »Nord-Euro« relativ schnell einführen. Die übrige »Mechanik« entspricht der gleichen wie bei der Einführung des Euro. Wenn es möglich war, aus siebzehn Einzelwährungen eine zu machen, sollte es auch möglich sein, aus einer Währung zwei zu machen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Gegenüber Plan A gibt es keine von Deutschland finanzierte Transferunion; gegenüber Plan B ist kein Bankensturm zu befürchten. Zudem würde ein abgewerteter Euro neue Chancen für die Gesundung der Volkswirtschaften von Griechenland bis Frankreich eröffnen und uns einen höheren Inflationsschutz sichern.

Schuldenkrise: Mit zwei den unterschiedlichen Wirtschafts- und Finanzkulturen besser entsprechenden Währungen sowie einer teilweisen Entschuldung der Südländer durch den Norden, müsste fortan jedes Land seine Schuldenkrise selbst lösen können. Die Deutschen blieben in einer Währungsunion und fänden sich nicht in einer Transferunion wieder. Deutsche Politiker bräuchten ihre Nase nicht mehr in die unerfreulichen Angelegenheiten anderer Länder zu stecken, müssten sich dafür nicht mehr kritisieren lassen und könnten sich endlich auf ihr eigenes Land konzentrieren.

Klar, ein aufgewerteter »Nord-Euro« würde deutsche Exporte belasten, aber angesichts der Tatsache, dass wir inzwischen auch Importvizeweltmeister geworden sind und jetzt schon rund 45 Prozent aller Exporte vorher importiert werden, wäre das ein überschaubares Risiko. Mit einem »Nord-Euro« hätten die Bürger ein erheblich geringeres Inflationsrisiko. Beide Zentralbanken könnten mit einer den unterschiedlichen Kulturen und Konjunkturen angepassten Zinspolitik besser reagieren als im System des heutigen »One-size-fits-all«-Ein-

heitseuros, der nichts anderes ist als eine »One-size-fits-none«-Währung.

Wie die rettende Wende zu schaffen wäre? Da unsere Parteien nicht zur Vernunft kommen wollen, müsste eine neue Partei ihnen Beine machen. Seit ich das öffentlich ins Gespräch gebracht habe, scheinen sich immer mehr FDP-Politiker vom euromantischen Kurs ihrer »Jugend-forscht-Führung«, die offensichtlich immer noch unter dem Einfluss der alten Scheckbuchdiplomatie von Hans-Dietrich Genscher steht, abzuwenden. Sie merken, dass immer mehr Deutschen klar wird, wohin der derzeitige Kurs führt: zu einer unkontrolliert ansteigenden Schuldenlast, an deren Ende der staatliche Zugriff auf deutsches Privatvermögen oder Inflation oder beides stehen.

Das sollten wir uns nicht gefallen lassen! Noch ist Zeit, die Verstrickung, in die unsere Politiker sich leichtfertig begeben haben, zu durchschauen – und endlich den gordischen Knoten der europäischen Zwangswährung zu zerschlagen.

Worauf warten wir noch?

Hans-Olaf Henkel
Berlin, im November 2011

Vorwort

Zwischen Traum und Albtraum

Ich bekenne mich schuldig: Auch ich war einmal überzeugter Anhänger des Euro und habe mich als BDI-Präsident in Deutschland und anderen europäischen Ländern für seine Einführung eingesetzt, obwohl die Deutschen mehrheitlich dagegen waren. Natürlich wusste ich damals schon um die Risiken, die mit einer neuen Einheitswährung verbunden waren, und ich ahnte, welche Folgen der Verlust der harten D-Mark für unser Land haben konnte. Doch schienen mir die Vorteile zu überwiegen, zumal unsere Politiker in Maastricht Sicherungen durchgesetzt hatten, die dem Euro sowie den mit ihm verbundenen Volkswirtschaften zu nachhaltiger Stabilität verhelfen würden.

Doch es kam anders, und heute sehe ich meinen Einsatz für den Euro als größte Fehleinschätzung meiner beruflichen Laufbahn. Denn das, was anfangs wie ein Segen für ein gemeinsames Europa erschien, hat sich heute als Hypothek entpuppt, von der nicht nur die Zukunft der Gemeinschaft, sondern vor allem auch die unseres eigenen Landes bedroht ist. Für die Deutschen hat sich die Gemeinschaftswährung bereits als schwerer Nachteil erwiesen – sie haben es nur noch nicht gemerkt.

Im Leben eines jeden Menschen gibt es einschneidende Ereignisse, persönlicher wie politischer Art, nach denen »nichts

mehr ist, wie es war« – im Politischen zähle ich dazu die Währungsreform 1948, mit der der Wiederaufstieg unseres Landes begann; aber auch den Mauerfall vierzig Jahre später, der die unerträgliche Teilung unseres Landes beendete. Beide Ereignisse haben, wie sich rückblickend feststellen lässt, das Leben in Deutschland entscheidend verändert – mein eigenes auch: Mit Ersterem wurde meiner Familie, die im Krieg Vater und Besitz verloren hatte, ein erfolgreicher Neuanfang ermöglicht. Mit Letzterem begann mein neues Leben in einer Bundeshauptstadt Berlin, wo ich – im ehemaligen Ostteil, direkt am Brandenburger Tor – gerade meinen siebzigsten Geburtstag feiern durfte.

Leider gibt es im politischen Bereich erfahrungsgemäß mehr negative Vorkommnisse, die sich den Menschen tief einprägen, auch wenn sie keine sichtbaren Narben hinterlassen. Mein letztes Buch, *Die Abwracker*, war durch ein solches fast traumatisches Ereignis ausgelöst worden: die amerikanische Immobilienkrise, die wie ein Erdbeben wellenartig aus den USA zu uns herüberdrang und an unserer Volkswirtschaft wie an den privaten Vermögen Milliarden Schäden anrichtete. Ein Betrug historischen Ausmaßes erschütterte damals die Welt und, wie ich zugebe, auch mein Vertrauen in die globale Finanzstruktur und deren Kontrolleure.

Die Katastrophe, die durch die tödliche Mixtur aus krimineller Energie und Ahnungslosigkeit ausgelöst wurde, scheint heute fast vergessen. Dass der Steuerzahler und seine Kinder sowie deren Kinder noch in einem halben Jahrhundert die Kosten für den staatlichen *Bail out*, die Auslösung bankrottgefährdeter Banken und Unternehmen, abzubezahlen haben, wird nicht mehr thematisiert – man könnte auch sagen: wird verschwiegen. Wenn die Bundesregierung im September 2010 mal eben zur neuerlichen Rettung der verstaatlichten

Hypo Real Estate für vierzig weitere Milliarden garantieren muss, regt sich schon keiner mehr auf.

Dass zudem unsere Staatsverschuldung seit diesem finanziellen Tsunami explosionsartig auf die Höhe von 1,8 Billionen Euro emporgestiegen ist, scheint die Tagespolitik kaum zu berühren, die sich, statt das Problem an der Wurzel zu packen, in homöopathischem »Schuldenabbau« übt. Bildlich gesprochen, schiebt unser Staatsschiff eine gewaltige Bugwelle vor sich her, die unsere Fahrt immer anstrengender werden lässt und dabei immer mehr anschwillt, bis sie irgendwann das Deck überspülen und das Schiff zum Sinken bringen wird. Das kann in einem Jahrzehnt, es könnte aber auch schon in den nächsten Jahren geschehen.

Eigentlich hatte ich nicht vor, so schnell ein neues Buch zu schreiben. Aber wieder ist etwas eingetreten, das diese Bugwelle weiter anwachsen ließ, etwas, das ich zu jenen negativen Ereignissen im politischen Bereich zähle, mit denen sozusagen eine »neue Zeitrechnung« beginnt. Ich spreche von dem riesigen »Schutzschild«, der als Folge der Griechenlandkrise über dem Euro ausgespannt wurde und der für Deutschland dasselbe bedeutet wie die Reaktion auf die Immobilienkrise: Schulden, die andere – damals die Hauskäufer in den USA, heute die Politiker Griechenlands, morgen die anderer Euro-Länder – verursachen, müssen mit deutschem Steuergeld beglichen werden. Obwohl es sich auch hier um einen ungeheuerlichen Milliardenbetrag handelt, für den wir im Bedarfsfall geradestehen müssen, ist man schnell zur Tagesordnung übergegangen. Selbst der Rücktritt des Bundespräsidenten, der unmittelbar auf seine Unterzeichnung des Schutzschirms folgte, war schnell verwunden – man hatte ja nun Herrn Wulff.

Was mich betrifft, habe ich es nicht verwunden. Es ist auch schwer zu verkraften: Denn dieses Garantieversprechen, für

das die jetzige Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel verantwortlich zeichnet, schließt mehrere schwerwiegende Tatbestände ein, die ich in diesem Buch erläutern werde:

Den blitzschnellen, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion durchgezogenen Bruch von Verträgen und Abmachungen früherer Regierungen sowie den damit verbundenen massiven Verstoß gegen Gesetze nenne ich einen *Putsch*.

Die Auflösung des Schutzschirms von Maastricht, der über dem deutschen Steuerzahler aufgespannt war, zugunsten eines Schutzschirms, der bedrohte Schuldenstaaten auf unsere Kosten retten soll, nenne ich *Untreue*.

Das fatale Zusammenwirken der beteiligten EU-Politiker, die – um ihrer eigenen Sicherheit willen – den Deutschen deren Sicherheit »abluchsten«, während diese, vertreten durch die Bundesregierung, die dramatische Verlagerung von Verantwortung einfach abnickten, weil die Politiker sich eine generelle Euro-Debatte ersparen und keine Wählerstimmen riskieren wollten, nenne ich *Betrug*.

Zugegeben, harte Worte. Vor allem das letztere dürfte Widerspruch wecken, doch zu Unrecht. Strafrechtlich gesehen, handelt es sich bei Betrug um die Schädigung des Vermögens eines anderen durch bewusste Vorspiegelung falscher Tatsachen oder Unterdrückung der Wahrheit, mit dem Zweck, sich gegenüber dem Geschädigten einen Vorteil zu verschaffen. Dass dies auf die überfallartige Einführung des Euro-Rettungspakets zutrifft, werde ich in diesem Buch beweisen.

Lange hat mich dieses – von Medien und Politik überraschend schnell ad acta gelegte – Ereignis beschäftigt. Oft grübelte ich nachts darüber, was wirklich damit an Unheil angeordnet war, dessen ganze Tragweite sich erst, wie jene unseres 1,8-Billionen-Schuldturns, in der Zukunft erweisen würde. Zugleich dachte ich über Lösungsmöglichkeiten nach, die

unser Land aus der finanziellen Falle, die uns damit gestellt worden war, befreien würden.

Nicht weit vom Reichstag entfernt, wo ich lebe, hatte ich im Halbschlaf einen seltsamen Traum – die Zeit lief ins Jahr 2009 zurück, genauer: zum Abend des Wahltags. Zu meiner Überraschung hatte Rot-Grün gewonnen und nicht Schwarz-Gelb. Statt Merkel wurde bald darauf Steinmeier zum Bundeskanzler gewählt, und im neuen Jahr kam mit der Griechenlandkrise eine der ersten Herausforderungen auf die neue Regierung zu.

Für Kanzler Steinmeier lag der Fall klar: Einem europäischen Bruderland, noch dazu unter sozialistischer Führung, musste geholfen werden, und ohne große Umstände brachte sein Finanzminister Steinbrück das gewaltige 148-Milliarden-Rettungspaket auf den Weg. Doch die Republik, aufgerüttelt von einer leidenschaftlich kämpfenden Oppositionsführerin Angela Merkel, begehrte auf. In allen Medien wurde der durch Rot-Grün begangene Wortbruch angeprangert, die Aufweichung des Euro beklagt, der Ausverkauf Deutschlands empört vorausgesagt, und das zu Recht: Aus Gründen falsch verstandener Solidarität hatte man das Tafelsilber der Nation verpfändet.

Mein Traum ging noch weiter: Der Schutzschirm, von Steinmeier und Steinbrück garantiert, wurde für die Regierung zum Albtraum. Die Zustimmung der Bevölkerung sackte auf ein historisches Tief ab (16 Prozent SPD, 7 Prozent Grüne), täglich fanden in den Großstädten Demonstrationen statt, und als Rot-Grün das Rettungspaket aus »Solidarität mit Griechenland« an einem einzigen Tag durch Bundestag und Bundesrat peitschte, kam es zum Eklat. Bundespräsident Horst Köhler, der einst den Euro-Stabilitätspakt mit ausgehandelt hatte, verweigerte die Unterschrift. Es kam zur Staats-

krise, Köhler löste den Bundestag auf und setzte Neuwahlen an. Keinen wunderte es, dass Rot-Grün von den Wählern vernichtend abgestraft wurde, während CDU/CSU und FDP, als Verteidiger deutscher Interessen, einen historischen Sieg einfuhren.

Sogleich begannen Merkel und Westerwelle, praktisch umzusetzen, was sie im Wahlkampf versprochen hatten und wofür sie gewählt wurden: »Abkehr vom Schuldenstaat! Abschied vom Euro! Wiedereinführung der D-Mark!«

Kaum traute ich meinen Ohren: »Wiedereinführung der D-Mark«?

Ich erwachte mit einem seltenen Glücksgefühl.

Natürlich hielt es nicht lange vor. Ich war zurück im grauen deutschen Herbst 2010. Der Rettungsautomatismus – für die Deutschen ein wahres Damoklesschwert – war installiert, und man hat es Kanzlerin Merkel abgenommen, dass er auch noch »alternativlos« sei. Ich weiß nicht, ob sie sich darüber Rechenschaft abgelegt hat, dass dieser Ausdruck einem Denkverbot gleichkam. Es war wohl ihr Äquivalent zu Schröders »Basta«.

Mein Traum, so ging mir dann auf, hatte den Nagel auf den Kopf getroffen: Durch den Sieg der bürgerlichen Parteien Schwarz-Gelb, den ich mir damals so sehr gewünscht hatte, war der Wortbruch erst möglich geworden, denn eine rot-grüne Opposition konnte die Schuldengarantie aus ideologischen Gründen nicht ablehnen.

Ein ähnlicher Fall, nur umgekehrt, war Ende der 90er-Jahre eingetreten, als Rot-Grün an der Macht war. Wie heute die Merkel-Regierung dem Drängen der EU-Partner, hat damals das Duo Schröder-Fischer dem Drängen der NATO nachgegeben und am Kosovo-Krieg teilgenommen, wobei man als Rechtfertigung auf ein dort drohendes neues »Auschwitz«

hinwies, was auch noch geglaubt wurde. In diesem Fall mussten, aus atlantischer Bündnistreue, CDU/CSU und FDP schweigen, und da Schröder das wusste, konnte er unbekümmert losmarschieren. Ganz anders hätte der Fall gelegen, wenn die Konservativen in Berlin regiert hätten: Wäre Kohl in den Krieg gezogen, hätte Rot-Grün einen pazifistischen Aufstand angezettelt, dem sich erst die Medien, dann die ganze Nation angeschlossen hätten – möglicherweise mit einem schnellen Ende für die schwarz-gelbe Regierung.

Im Fall des Euro-Rettungsschirms, der schon immer zu den Wunschträumen Frankreichs und den Albträumen Deutschlands gehört hatte, war unglücklicherweise die falsche Koalition am Werk: Merkel-Westerwelle konnten diesen Schritt tun, den jeder ernsthafte Wirtschaftswissenschaftler für ein brandgefährliches Vabanquespiel hält, weil sie wussten, dass die Opposition schweigen würde. So ist der nationalökonomische GAU eingetreten, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann er die öffentlichen Kassen erreicht.

Eigenartig, dass kurz nach den ersten Milliardenüberweisungen nach Griechenland und der Durchpeitschung der Schuldengarantie der Euro-Kurs wieder gestiegen ist, die Wirtschaft sich erholt hat, mit der Folge, dass die Regierung zum Tagesgeschäft überging und die Medien sich auf neue »Aufreger« stürzten. Die nun eingetretene Beruhigung lässt sich mit der eines Mannes vergleichen, der aus einem Hochhaus gesprungen ist und im Fallen meint, dass man sich von den Risiken doch übertriebene Vorstellungen mache. Leider sind wir es, die sich im volkswirtschaftlichen Sturz befinden und die wir uns als Trost zurufen können, dass keiner weiß, wie tief der Abgrund ist, dem wir entgegensausen.

Manche meinen gar, dass wir in Wahrheit gar nicht fallen, sondern dass es entweder ewig so weitergeht oder dass man

sich vielleicht sogar im Aufwind befindet, wie uns der trügerische DAX ab und zu vorspiegelt. Aber sie irren sich. Der Abstieg, der ein Absturz ist, hat mit dem Rettungspaket unvermeidlich begonnen – auch wenn die ersten bitteren Konsequenzen sich erst nach Monaten oder gar Jahren zeigen.

Der Grund ist einfach. Noch bevor es zum GAU kommt und einer oder mehrere der europäischen »Südstaaten« deutsche Garantiemilliarden abrufen, wirkt die Konstruktion bereits auf all jene, die gern Schulden machen, um Wähler zu gewinnen, wie eine herrliche Beruhigungspille: Ich verschwende – andere bezahlen. Welch traumhafte Vision!

Der Schutzschirm hat die EU seit dem Tag seines Inkrafttretens entscheidend verändert: Aus einer Wettbewerbsgemeinschaft ist eine Transfergemeinschaft geworden. Für die Segnungen dieser Einrichtung besitzen wir in Deutschland mit dem sogenannten Länderfinanzausgleich das beste Beispiel: Gegenwärtig gibt es bei uns drei Geberländer und dreizehn Nehmerländer. Glückliche sind nur letztere zu nennen. Wenn etwa Bremen einen Euro ausgibt, bekommt es von den weniger glücklichen Ländern 97 Cent zurück. Wenn dagegen Bayern einen Euro ausgeben muss, wird es 97 Cent los. Seltenerweise hat das für Bremen und für Bayern die gleiche Konsequenz: Sparen lohnt sich nicht.

Zur gleichen Zeit, als mit Griechenlandrettung und Euro-Schutzschirm Europa unwiderruflich in eine Transfergemeinschaft verwandelt wurde, hat Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit die Absurdität einer solchen Regelung vor Augen geführt. Er hat nämlich entschieden, dass demnächst den Berlinern freie Kindergartenplätze angeboten werden sollen, was die Eltern freuen und umso geneigter stimmen wird, ihn und seine Partei zu wählen. Nicht freuen wird es jene, die für die Millionen aufkommen müssen, näm-

lich Bayern und die anderen Geberländer, die sich im Würgegriff des Finanzausgleichs befinden.

Die absurde Konsequenz: Da die Sozialpolitiker in Bayern, Hessen und Baden-Württemberg feststellen, dass Herr Woreit sich auf ihre Kosten einen wählerfreundlichen Luxus leistet, beschließen sie desgleichen zu tun, weil auch sie an ihre Wähler denken müssen: Auch bei uns sollen Kindergartenplätze nichts mehr kosten! Nun kann man sich leicht vorstellen, wie dieser Mechanismus, den man auch als System organisierter Verantwortungslosigkeit bezeichnen könnte, bei unseren europäischen Nachbarn wirken wird, die ohnehin zum Geldverschwenden – zumal wenn es nicht das eigene ist – eine entspannte Einstellung besitzen. Aus dem System dieser Ausgabesymmetrien wird bald eine Leistungs- und Kostenspirale, an der jeder mit der Gewissheit teilnehmen kann, dass nur den Letzten die Hunde beißen.

Der Letzte, das wird natürlich derjenige sein, der die anderen an Fleiß, Sparsamkeit und haushälterischer Disziplin übertrifft. Großartig, werden die anderen sagen, du leistest und sparst für uns mit! Und keiner wird den Mut haben, die Wahrheit auszusprechen, dass eine solche »Gemeinschaft« aus Teilnehmern besteht, von denen jeder sich, so gut er eben kann, auf Kosten der anderen zu bereichern sucht.

War die EU einst als eine Wettbewerbsgemeinschaft konzipiert, in der jeder den anderen an Produktivität und Lebensqualität zu übertreffen suchte, wird sie nun zur Verteilungsgemeinschaft, bei der es nur noch den einen Wettbewerb gibt – nämlich wer den anderen das meiste abknöpft. Kurz gesagt: Die Frage ist nicht mehr, wer leistet am meisten, sondern wer leistet *sich* am meisten. Man kann sich denken, dass der Tugendhafte, auf dessen Kosten sich die anderen etwas leisten, die längste Zeit tugendhaft gewesen ist.



Hans-Olaf Henkel

Rettet unser Geld!

Wie der Euro-Betrug unseren Wohlstand gefährdet

Taschenbuch, Broschur, 224 Seiten, 11,8 x 18,7 cm

ISBN: 978-3-453-61003-3

Heyne

Erscheinungstermin: Januar 2012

Die nächste Eurokrise kommt bestimmt

Die Sicherungen sind durchgebrannt: In der letzten Eurokrise hat die Politik mit milliardenteuren Rettungsschirmen den Wohlstand unseres Landes aufs Spiel gesetzt. Und nichts bewirkt: Jederzeit kann wieder ein neues Krisenland um Rettung flehen. Der Euroverbund verkommt zum Selbstbedienungsladen, sagt Hans-Olaf Henkel, und Deutschland glänzt als Zahlmeister, während andere Länder ungeniert kassieren. Höchste Zeit, dass wir endlich für unsere ureigensten Interessen eintreten.